

Basler Appell gegen Gentechnologie
Murbacherstrasse 34
Postfach 27
4013 Basel



12. Dezember 2014

Medienmitteilung

PID: Parlament öffnet der Selektion Tür und Tor

Heute fand im Parlament die Schlussabstimmung über die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) statt. Die Mehrheit sprach sich für die Annahme des Verfassungsartikels und für die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes aus. Sollte das Gesetz in der jetzigen Form in Kraft treten, besässe die Schweiz europaweit eine der liberalsten Regelungen zur PID. Der Basler Appell gegen Gentechnologie wird deshalb gegen beide Vorlagen antreten und an einem Referendum aktiv mitwirken.

Der ursprünglich vom Bundesrat erstellte Entwurf zur Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes wies noch enge Schranken für die Anwendung der umstrittenen Diagnostik im Reagenzglas auf. Nach der parlamentarischen Schlussabstimmung liegt nun eine Fassung vor, die eine eklatante Ausweitung der PID vorsieht. Vor allem das vorgesehene allgemeine Chromosomenscreening für alle IVF-Embryonen macht fassungslos: Anstatt die problematische Diagnostik auf wenige Fälle zu beschränken, bei denen eine genetische Vorbelastung vorliegt, sollen nun flächendeckend alle künstlich befruchteten Embryonen gescreent und bei Auffälligkeiten aussortiert werden. Damit werden dem Selektionsgedanken Tür und Tor geöffnet.

Entgegen aller vorliegenden Empfehlungen von reproduktionsmedizinischen Vereinigungen wie der «European Society of Human Reproduction and Embryology» (ESHRE), die vom Screening abraten, richten sich die ParlamentarierInnen nach den Wünschen der Reproduktionszentren und ihrer Lobby. Wendet man das Chromosomenscreening flächendeckend an, so würde nach dieser Logik auch die von gewissen Kreisen angestrebte Einführung der Eizellenspende Sinn machen: Nach einem Screening mit negativem Befund kann der Patientin gleich geraten werden, eine Eizellenspende in Anspruch zu nehmen. Durch die Abschaffung der bisher restriktiven Vorgaben winkt der Schweizer Reproduktionslobby ein massiver Ertragszuwachs: In den meisten europäischen Ländern ist das allgemeine Screening nicht erlaubt, sodass das Reproduktionsangebot hierzulande auch für Ausländerinnen attraktiv sein wird.

Das Volk hat das letzte Wort: Die StimmbürgerInnen werden im Sommer 2015 vor die Entscheidung gestellt, ob sie die Entsolidarisierung der Gesellschaft mittragen wollen oder nicht. Wird der Verfassungsartikel angenommen, bleibt allerdings noch immer die Möglichkeit eines Referendums gegen die Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes. Der Basler Appell rief während der Beratung von Verfassung und Gesetz gemeinsam mit 18 anderen Organisationen wiederholt dazu auf, das Prinzip einer solidarischen Gesellschaft, in der auch behinderte, kranke oder Menschen, die einfach nur anders sind, ihren Platz haben, nicht aufzugeben. Der Verein wird deshalb an einem Referendum federführend mitwirken.

**Für Rückfragen: Pascale Steck/Gabriele Pichlhofer, Basler Appell gegen Gentechnologie,
T 061 692 01 01
Besuchen Sie unsere neue Webseite www.gen-test.info.**